

# STAATSARCHIV HAMBURG

213-13 Landgericht Hamburg -  
Wiedergutmachung

---

2321

  
**REGIS** GmbH

Art.-Nr. 37160-HAM3  
Einschlagmappe gemäß ISO 16245



Dieser Beschluß ist rechtskräftig. (Bl. 14)  
Hamburg, den 9. OKT. 1952

Die Geschäftsstelle

Landgericht Hamburg

1. Wiedergutmachungskammer.

Rechtskraftzeugnis

ist der 1. Wiedergutmachungskammer.

auf Grund Zust. Urk. v. d. Besch. des Ger. Schr. d. Ger. (§ 706, 2 ZPO.) v.

am - 5. NOV. 1952 19

Justizoberinspektor

B e s c h l u ß .

In der Rückerstattungssache

Charlotte Susanne G o t t l i e b ,

London S.W.3, 40, Sloane Court, Chelsea,

Antragstellerin,

1) Ausfertigung an:

2 X Parteien

X Beiliegende  
mit Urkunden

2) je 1 Abschrift an  
Landgericht

1. Verw. K. Kontr.

Grundbuchamt 14. Juni 52 Uli.

Zentralamt  
mit GG 9. OKT 1952

3) Form B ab zum 21/6

Bevollmächtigter: Hermann Ebert,  
Hamburg 39, Gottschedstr. 2,

gegen

das Deutsche Reich,

gesetzlich vertreten durch die Hansestadt

Hamburg, Finanzbehörde,

diese vertreten durch die Oberfinanzdirektion

Hamburg 11, Rödingsmarkt 83,

- Az. O 5210 - G 13 - V 115 d -

Antragsgegner,

hat das Landgericht Hamburg, 1. Wiedergutmachungs-  
kammer, nach mündlicher Verhandlung durch folgende  
Richter:

1. Landgerichtsdirektor Dr. Joost,

2. Assessor Dr. Schmidt-Räntsch,

3. Assessor Schröer

am 21. Mai 1952 beschlossen:

Es wird festgestellt, dass der Antragsgeg-  
ner verpflichtet ist, der Antragstellerin für  
entzogene Gold- und Silbersachen im Werte von  
2.512,90 RM Schadensersatz zu leisten.

Tag der Entziehung: 3. Mai 1944.

Der weitergehende Anspruch wird zurückge-  
wiesen.

Die



Die Entscheidung ergeht gerichtskostenfrei. Aussergerichtliche Kosten werden nicht erstattet.

G r ü n d e .

Die Antragstellerin ist Erbin von Siegfried Gottlieb. Dieser war jüdischer Mitbürger und entschloss sich vor dem Ausbruch des Krieges zur Auswanderung. Von seinem Hausrat liess er eine Kiste, enthaltend die in dem Verzeichnis vom 21. Juli 1939, Blatt 3 der Unterakte 6, aufgeführten Gold- und Silbersachen verpacken und bei der Firma H. & E. Brunswick, später bei der Firma Emil Ipsen, im Freihafen in Hamburg einlagern. Die fragliche Kiste enthielt zwei versiegelte Pakete Nr. 69 und 70. In diesen Paketen waren die in dem angeführten Verzeichnis genannten Gegenstände wiederum verpackt. Infolge des Kriegsausbruchs ist die Kiste nicht an den ausländischen Bestimmungsort gelangt, sondern musste im Auftrage des Oberfinanzpräsidenten Hamburg, Vermögensverwertungsstelle, durch die Firma Ipsen am 1. April 1944 beim Gerichtsvollzieheramt in Hamburg abgeliefert werden, wo laut Versteigerungsprotokoll des Gerichtsvollziehers Gerlach vom 11. Mai 1944 eines der beiden Pakete, das sich in dieser Kiste befand, zur Versteigerung kam und einen Erlös von 1.512,90 RM erbrachte.

Die Antragstellerin hat frist- und formgerecht Rückerstattungsansprüche nach dem Gesetz Nr. 59 geltend gemacht. Sie begehrt Schadensersatz in Höhe von 1.512,90 RM. Ferner für das zweite Paket einen Schadensersatz von 3.000,-- DM. Sie behauptet, dass die in der genannten Liste mit einem + versehenen Gegenstände in diesem zweiten Paket / verpackt gewesen seien und, dass die Kiste mit beiden Paketen an das Gerichtsvollzieheramt abgeliefert worden sei, auch dieses zweite Paket zur Versteigerung gekommen sein müsse. Gemessen an dem Erlös der Gegenstände aus dem einen Paket habe das andere die wertvolleren und größeren Gegenstände enthalten. Daher sei ein Schadensersatz von 3.000,-- DM angemessen.

Der



10

Der Antragsgegner widerspricht der Rückerstattung in dem geltend gemachten Umfange. Er hat sich mit der Feststellung seiner Schadensersatzpflicht in Höhe von 1.512,90 RM einverstanden erklärt, hinsichtlich des weitergehenden Anspruchs aber geltend gemacht, dass die Antragstellerin insoweit keinen Beweis für den ihr erwachsenen Schaden erbracht habe.

Irgendwelche Nachweise über den Verbleib des zweiten Paketes mit Gold- und Silbersachen oder über seine Verwertung und einen dabei erzielten Erlös haben sich nicht beibringen lassen.

Den Parteien ist in mündlicher Verhandlung Gelegenheit zur Erörterung der Sach- und Rechtslage sowie zur Darlegung ihrer Standpunkte gegeben worden.

Der Anspruch der Antragstellerin auf Rückerstattung ist in dem genannten Umfange gemäss Art. 26 Abs. 2 begründet. Es bedarf keiner näheren Ausführungen darüber, dass die Einziehung und Versteigerung der dem Erblasser gehörigen Gegenstände eine Entziehungshandlung im Sinne des Art. 2 des Gesetzes Nr. 59 darstellt. Der Antragsgegner verkennt auch nicht, dass er zur Rückerstattung verpflichtet ist.

Über die Höhe des Schadensersatzanspruches, der der Antragstellerin zuerkannt werden konnte, bestanden erhebliche Zweifel. Soweit die Versteigerung eines Paketes mit Gold- und Silberwaren einen Versteigerungserlös von 1.512,90 RM gehabt hat, erschien allerdings die Höhe des Schadensersatzanspruches der Antragstellerin zweifelsfrei. In diesem Umfange hat sich auch der Antragsgegner mit der Feststellung des gegen ihn gerichteten Schadensersatzanspruches einverstanden erklärt.

Dagegen erschien zweifelhaft, ob hinsichtlich des zweiten Paketes der Antragstellerin überhaupt ein Schadensersatzanspruch zuerkannt werden konnte. Grundsätzlich trägt sie die Beweislast dafür, dass ihr ein Schaden entstanden ist, sowie auch ~~über~~ die Höhe des Schadens. Nach den der erkennenden Kammer vorliegenden Unterlagen kann allerdings als

zweifelsfrei



zweifelsfrei angenommen werden, dass das zweite Paket zusammen mit der Kiste noch an das Gerichtsvollzieheramt gelangt ist. Die Firma Ipsen hat in ihrer an den Vertreter der Antragstellerin gerichteten Auskunft vom 18. November 1947 erklärt, dass sie die fragliche Kiste am 1. April 1944 an das Gerichtsvollzieheramt ausgeliefert habe. Irgendwelche Anhaltspunkte dafür, dass vor der Ablieferung ein Paket aus der Kiste abhanden gekommen sein könnte, haben sich nicht ergeben. Dagegen ist nicht zweifelsfrei geklärt, ob dieses Paket im Wege der Versteigerung verwertet worden ist oder nicht. Das bei den Akten befindliche Versteigerungsprotokoll vom 11. Mai 1944 bezieht sich nur auf das eine Paket. Es kann nicht angenommen werden, dass ein Versteigerungsprotokoll verloren gegangen ist, wenn eine Versteigerung (stattgefunden haben würde). Die Kammer schliesst aus der Tatsache, dass ein zweites Versteigerungsprotokoll nicht vorliegt, dass das zweite Paket auch tatsächlich nicht versteigert worden ist. Gemäss Art. 41 Abs. 2 REG. ist aber zu Gunsten der Antragstellerin zu berücksichtigen, dass ihr nicht zugemutet werden kann, den Verbleib der Sachen aufzuklären. Es muss zu ihren Gunsten in tatsächlicher Hinsicht unterstellt werden, dass die Kiste einschliesslich beider Pakete zunächst an das Gerichtsvollzieheramt gelangt und dort erst der Verlust des zweiten Paketes eingetreten ist. Sofern sich aus dieser Sachlage Nachteile für eine Partei in dem vorliegenden Verfahren ergeben, können diese jedenfalls nicht zu Lasten der Antragstellerin gehen.

Die Höhe des Schadens, der der Antragstellerin durch den Verlust des zweiten Paketes mit Gold- und Silberwaren erwachsen ist, kann die Kammer mangels ausreichender Unterlagen nur nach freiem pflichtgemässen Ermessen abschätzen. Es mag zutreffen, dass dieses Paket umfangreicher gewesen ist, als das zur Versteigerung gelangte und daß es die wertvolleren Gegenstände enthalten hat. Dennoch sieht sich die Kammer daran gehindert, der Antragstellerin einen Scha-

densersatz



denersatz in dem von ihr geltend gemachten Umfange zuzuerkennen, da, wie auch die Antragstellerin nicht übersehen kann, es an jeglichem Anhaltspunkt hierzu fehlt. Die Kammer hat demgemäss einen Schadenersatzanspruch in Höhe von 1.000,-- RM für angemessen gehalten, sodass sich insgesamt für die Antragstellerin ein Schadenersatzanspruch von 2.512,90 RM ergibt. In dieser Höhe war der Anspruch der Antragstellerin in Reichsmark festzustellen. Die Ansicht, dass ihr der fragliche Betrag in Deutscher Mark zustünde, geht fehl. Die Antragstellerin kann sich nicht auf die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes berufen, die sie in ihrem Schriftsatz vom 5. Mai 1952 zitiert. Diese Entscheidungen sind zu den Vorschriften der §§ 249, 282 BGB. ergangen. Die dort herausgestellten Grundsätze hinsichtlich der Bemessung von Schadenersatzansprüchen, die in Reichsmark entstanden sind, können auf den vorliegenden Fall keine Anwendung finden. Grundsätzlich ist zu sagen, dass die Vorschriften des bürgerlichen Rechts auf das Rückerstattungsverfahren keine Anwendung finden können, da, wie ebenfalls auch das Zentralgericht für die Britische Zone in ständiger Rechtsprechung betont hat, das Gesetz Nr. 59 gegenüber anderen Gesetzen ein *lex specialis* darstellt. Ferner befassen sich die genannten Entscheidungen des Bundesgerichtshofes mit Schadenersatzansprüchen die aus privatrechtlichen Streitigkeiten erwachsen sind. Darum handelt es sich bei dem vorliegenden Fall nicht, vielmehr ist der Schadenersatzanspruch gegen das Deutsche Reich gerichtet. Dieser Schadenersatzanspruch erwuchs der Antragstellerin bzw. dem Erblasser im Zeitpunkt der Entziehung der Vermögensgegenstände, es handelt sich also um einen in Reichsmark entstandenen Anspruch. Diese gegen das Deutsche Reich gerichteten Ansprüche bleiben aber hinsichtlich ihrer Umstellung auf Deutsche Mark kraft der ausdrücklichen Regelung des Art. 514 des 3. Umst. Ges. z. Währungsgesetz einer späteren gesetzlichen Regelung vorbehalten. Es ist nicht Aufgabe der Währungs- und Vermögenssachgerichte, bei der grossen Zahl der nach dem Ges. Nr. 59 unter Handen der Kostenentscheidung beruht auf Art. 63 REG.

*Ansprüche dieser Regelung vorzuziehen.*

*Jones*

*Schmidt-Rentzsch*

*Dr. Wöhr*